



Haushalts- und Finanzausschuss

76. Sitzung (nichtöffentlich)

25. September 2008

Rathaus der Stadt Bocholt
Berliner Platz 1, 46395 Bocholt

14:00 Uhr bis 16:35 Uhr;

16:50 Uhr bis 17:30 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD) (Vorsitzende)
Bernd Krückel (CDU) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Franz-Josef Eilting, Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|-----------|
| 1 | Auswirkungen der aktuellen Bankenkrise auf die NRW.BANK | 5 |
| | Bericht des Finanzministers | |
| | – Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM) | 5 |
| | – Aussprache | 6 |
| 2 | Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2008) | 10 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6920 | |

In Verbindung mit:**Gesetz zur Errichtung eines Fonds für eine Inanspruchnahme des Landes Nordrhein-Westfalen aus der im Zusammenhang mit der Risikoabschirmung zugunsten der WestLB AG erklärten Garantie (Risikofondsgesetz – RiFoG)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6921

Ausschussprotokoll 14/714

Auswertung der öffentlichen Anhörung

Im Rahmen seiner Auswertung der Anhörung kommt der Ausschuss überein, im Obleutegespräch zu erörtern, wie die Information des Parlaments bezüglich des Risikofonds organisiert werden kann.

3	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)	12
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/7000	
	Generelle Themen	12
	Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung	12
	Erläuterungsband Vorlage 14/1999	
	– Einführungsbericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM)	12
	– <i>Korrektur zur Finanzplanung 2008 bis 2012</i>	15
	– Allgemeine Aussprache	16
	– Beratung nach Kapiteln	26
	hier: Zuschüsse Kindertageseinrichtungen	
	Text des Haushaltsgesetzes 2009	27
	Synoptische Gegenüberstellung mit dem HG 2008 Vorlage 14/2060	

4	Auswirkungen des Risikoschirms auf den Landeshaushalt	29
	Bericht des Finanzministeriums	
	– Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM)	29
	– Aussprache	30
5	Aktuelle Situation des Sondervermögens „Versorgungsfonds“	34
	Bericht des Finanzministeriums	
	– Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM)	34
	– Aussprache	35
6	Verschiedenes	36
	hier: Beschluss des Haushalts- und Finanzausschusses nach § 6 Abs. 4 der Verschlussachenordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen	

Nach kurzer Erörterung **fasst** der Ausschuss einstimmig den als Anlage zu diesem Protokoll wiedergegebenen, im Verlauf der Beratung insoweit **modifizierten Beschluss**, als im vierten Absatz das Wort "Ausschuss" durch das Wort "Obleutegespräch" ersetzt wird.

2 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6920

In Verbindung mit:

Gesetz zur Errichtung eines Fonds für eine Inanspruchnahme des Landes Nordrhein-Westfalen aus der im Zusammenhang mit der Risikoabschirmung zugunsten der WestLB AG erklärten Garantie (Risikofondsgesetz – RiFoG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/6921

Ausschussprotokoll 14/714

Auswertung der öffentlichen Anhörung

Gisela Walsken (SPD) hält es für dringend notwendig, den Fortgang der Entwicklung des Risikoschirms parlamentarisch zu begleiten. Die Abgeordneten dieses Ausschusses sollten in regelmäßigen Abständen Kenntnis über die Entwicklung des Abflusses von Mitteln aus dem Risikoschirm erhalten.

Ihre Fraktion befinde sich über den richtigen Weg noch in der Beratung, allerdings deute sich an, das Thema an einen Unterausschuss anzuhängen oder einen eigenen Unterausschuss zu bilden. Es könne nicht angehen, dass man etwas über die Entwicklung des Risikoschirms nur aus einer Anlage zum Haushaltsplan oder auf politische Intervention in Obleutenrunden erfahre.

Sie könne sich vorstellen, dass auch der Finanzminister ein Interesse daran habe, die Entwicklung des Risikoschirms und die Begleitung der PIMCO durch das Parlament vorzusehen. Vielleicht ließe sich gemeinsam mit den regierungstragenden Fraktionen eine parlamentarische Initiative starten, um einen entsprechenden Weg unter Beachtung der Geschäftsordnung zu finden. Ein positives Signal würde sie begrüßen, um dann in der Obleuterunde zu beraten, wie am besten regelmäßig Informationen fließen.

Volkmar Klein (CDU) hält zunächst fest, Frau Kollegin Walsken habe damit signalisiert, dass sie die Idee für prinzipiell richtig erachte, einen der Periodengerechtigkeit geschuldeten Fonds einzurichten, um zu verhindern, dass Risiken, die heute oder in der Vergangenheit entstanden seien, in späteren Jahren von Steuerzahlern zu bezahlen seien. Dies begrüße er.

Selbstverständlich könne man gerne darüber nachdenken, inwieweit dieser parlamentarisch begleitet werde, obwohl der Zweck in § 2 des Risikofondsgesetzes eigentlich klar festgehalten sei. Dies sei auch keine absolute Besonderheit; denn parallel werde zwecks Periodengerechtigkeit auch der Fonds für Pensionsrücklagen zunehmend aufgebaut. Beides seien Themen für ein Obleutegespräch.

Gisela Walsken (SPD) merkt an, die kritische Haltung ihrer Fraktion zu PIMCO habe sich nach Einsicht in Teile von Vertragswerken nicht verändert. Aus dieser kritischen Haltung heraus sehe man die dringende Notwendigkeit, das Parlament weiter befasst zu halten. Ob dieser Fonds jemals ausreichen werde, die auf das Land zukommenden Belastungen abzudecken, sei eine andere Frage. Es sei unterjährig sehr schwer, die Fondsentwicklung einzusehen, sodass es dringend geboten sei, parlamentarisch im Boot zu bleiben, um zu wissen, was da an Geld fließe. Dieser Schirm und diese Gesellschaft seien nicht mit Zustimmung ihrer Fraktion implementiert worden; gleichwohl sei das politisch beschlossen. Insofern würde man sehr gerne einen Informations- und Kontrollweg finden – am liebsten gemeinsam –, der das Parlament in die Lage versetze, zeitnah zu wissen, was dort passiere.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) weist auf die Gelegenheit hin, im Laufe der weiteren Beratungen noch auf den Risikoschirm eingehen zu können. Der Kritik und den Vorschlägen der Opposition sehe er mit großem Zutrauen entgegen.

Der Ausschuss kommt überein, im Obleutegespräch zu erörtern, wie die Information des Parlaments bezüglich des Risikofonds organisiert werden kann.